

Politische Rundschau.

Die revolutionäre Bewegung in Russland.

Mit den Einzelnachrichten über die Streiks in Russland, die bald ausbrechen, bald wieder eingestellt werden, könnte man ganze Spalten füllen. Es ist das ein Kleinriegel der erbittertesten Art und fñdet alles soziale und staatliche Leben auf das empfindlichste. Der Landwirtschaftsminister Termolow hat im Auftrage des Zaren eine Denkschrift über die gesamte innere Lage abgefaßt. Er kommt darin zu dem Schlusse, daß eine dauernde Besserung nur durch Einführung einer Verfassung und das Zusammenberufen von Volksvertretern zu erhoffen ist. Der Zar hat nach Beratung mit den übrigen Ministern angeordnet, daß ein Manifest in diesem Sinne entworfen werden soll. Aber ehe dieses fertig gestellt wird, dürfte der etwas wandelstüchtige Selbstherrscher schon wieder andere Meinung geworden sein.

Der Sicherheit der Bahnhöfe Bindungen der Russen droht unter Umständen auch von der Auslandsbewegung Gefahr. In Tschita (Transbaikalien) sind die Arbeiter in den dortigen Eisenbahnwerkstätten in den Ausstand getreten. Ihre Hauptforderung ist die Beendigung des Krieges. Da der Verdacht aufschwand, daß die Arbeiter beabsichtigten, die Bahn zu beschädigen und die auf dem Bahnhof stehenden Lokomotiven unbrauchbar zu machen, ist eine starke Truppenabteilung aufgebunden worden.

Die russische Regierung hat sich endlich herbeigelassen, den nach Tolstoi vollstimmlichen Häcker ihres Landes aus der Haft zu entlassen, wie schon vor einigen Tagen angekündigt wurde: Maxim Gorki ist gegen eine Kaution von 10 000 Rubel in Freiheit gesetzt worden. Die Kaution hat der Moskauer Fabrikant Morosow hinterlegt. Gorki ist Naqa als Aufenthaltsort angewiesen worden. Es ist also nur beschränkte Freiheit, die Gorki genießen darf, und die zehntausend Rubel wird Herr Morosow wohl auch dann nicht wiedersehen, wenn Gorki sich im stillen hält.

Der russisch-japanische Krieg.

Der japanische Gesandte Takahira in London erklärt ausdrücklich, daß weder Japan noch er selbst irgendwie bei Friedensverhandlungen beteiligt seien. Andererseits wird nicht in Abrede gestellt, daß der Inhalt einer Privatunterredung, welche Takahira mit dem Präsidenten Roosevelt gehabt hat, nach Petersburg und Tokio telegraphisch gemeldet worden ist.

Ein Meuter-Telegramm meldet, die Japaner hätten die Russen bei Tsingtscheng, auf dem äußersten japanischen rechten Flügel, angegriffen und geschlagen. Der Angriff begann am 23. Februar. Die Russen wurden auf 17 000 Mann geschätzt; ihr Verlust soll 2000 Mann betragen, der der Japaner nur gering sein. Die Japaner erbeuteten drei Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial.

Mukden wird von der schweren japanischen Artillerie beschossen. Das Feuer der eisigen Geschosse soll sehr wirkungsvoll sein. Der Leiter der russischen Bank in Mukden hat die Anweisung erhalten, die Bordinstitutionen für die Schließung der Bank zu treffen; in der Stadt herrscht große Unruhe.

Die Mannszucht der nach dem Kriegsschauplatz nachgesandten russischen Reserven scheint mangelhaft zu sein. In Omsk hatten sechs auf der Fahrt nach Ostasien befindliche Soldaten aus einem Laden Geschworen gerandt und den Geschützführer durch einen Beilhieb verletzt. Zwei der Schuldigen sind gefangen, die übrigen zu 20 Jahre Zwangsarbeit verurteilt worden.

Am 25. Februar fand unter Vorsitz des Marichalls Yamagata eine Beratung aller Divisionsstatthalter aus ganz Japan statt. Ebenso wurde eine wichtige Sitzung des Ministerrates abgehalten.

Deutschland.

Wie aus Danzig gemeldet wird, verläutet in dortigen Marinekreisen, daß die Frage des Ausbaues eines Danziger Kriegshafens von neuem in Fluß gekommen sei. Die Verhandlungen, die schon einmal geschwebt haben, sollen wieder aufgenommen worden sein.

Die einheitliche Arzneitaxe wird nach amtlicher Bekanntmachung vom 1. April ab in den Bundesstaaten eingeführt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, einen Rabatt für Arzneilieferungen an öffentliche Anstalten und Kasernen und an solche Vereine und Anstalten, die der öffentlichen Armenpflege dienen, sowie für Tierarzneien vorzuschreiben.

Im sippischen Landtage wurde ein neues



Karte zu den jüngsten japanischen Operationen.

umfangreiches Schriftstück des Grafen Ernst zu Lippe-Weichenfeld verlesen, in dem er sich gegen die Beschlusfassung des Landtages über seine erste Eingabe wendet. Die Eingabe wurde bis zur Beratung der neuen Thronfolgevorlage zurückgestellt.

Osterreich-Ungarn.

Banffy erklärte dem Pesther Berichterstatter der Zeit, bezüglich Ungarns habe der fängste mit Deutschland abgeschlossene und im deutschen Reichstag genehmigte Handelsvertrag keine bindende Kraft und werde auch bei den heutigen parlamentarischen Verhältnissen nicht in Kraft treten können. Die Annahme des Vertrages durch den österreichischen Reichstag berähre Ungarn gar nicht.

Ein großer Teil der zur Opposition gehörenden ungarischen Parlamentarier beabsichtigt, am 15. März zur Erinnerung an die 1848er Ereignisse in Sala im Abgeordnetenhause zu erscheinen und dort das Andenken Ludwig Kossuths zu feiern.

Frankreich.

Mit der Frage der Verringerung der Bekleidung der Fuhrtruppen hat sich der französische oberste Kriegsrat in seiner letzten Sitzung beschäftigt. Die Gleichrichtung soll für jeden Mann 5 Kilogramm betragen.

England.

Die Londoner Mäntel bräuen bei Besprechung des Berichtes der Hull-Kommission allgemein ihre Befriedigung aus und sagen, daß Verbleit bedeutete einen Sieg des Schiedsrichtersprinzips. Standard sagt: „Das Urteil ist der Hauptsache nach ungewisselhaft zugunsten Englands ausgefallen. Aber der russische Admiral und die russischen Offiziere sind mit auffallender Nachsicht behandelt worden. Wir freuen uns alle, daß die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise geregelt ist, aber etwas ist zu bebauern, nämlich, daß die Rechte der neutralen Schifffahrt bei Anwesenheit eines Geschwaders der Kriegsführenden bedeckt bleiben von einer Wolke von gefährlicher Unbestimmtheit. Dieser Gegenstand lag vielleicht außerhalb des Rahmens der Hull-Kommission, aber die Frage kann schwerlich bei ihrem jetzigen Stande verlassen werden; sie muß nach dem Kräfte der Haager Friedenskonferenz kommen.“

Daily Telegraph' und Daily News' sagen, die Hull-Kommission wirke epochemachend, da sie der Welt ein Beispiel gegeben habe, wie Meinungsverschiedenheiten beizulegen seien.

Schweden.

Zwischen der schwedischen und der deutschen Regierung hat ein Meinungsaustausch über die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Straßburg stattgefunden.

Balkanstaaten.

Da die serbische Regierung auf eine Mehrheit für den Handelsvertrag mit Deutschland in der Skupstina nicht rechnen kann, beschloß Ministerpräsident Pašić, dem Könige die Auflösung der Skupstina unter dem jetzigen Kabinett vorzuschlagen.

Hus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Montag den Rest des Marineetat nach den Beschlüssen der Kommission bis auf den Titel, der die Zulagen für die Fregattentaplane enthält. Der Antrag Gröber (Ztr.) auf Erledigung dieser Zulagen soll in einer Sitzung erledigt werden, wo das Haus beschlußfähig sein wird. Nachdem auch der Etat für Kantschou eine rasche Erledigung gefunden hatte, wurde mit der Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamt des Innern begonnen. Zum Titel „Staatssekretär“ liegen nicht weniger als 20 Resolutionen vor, die im wesentlichen sozialpolitische Fragen betreffen. Abg. Gröber (Ztr.) trug eine Reihe von Wünschen bezüglich der Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht vor, wobei er namentlich die Vermehrung der Aufsichtsberechtigten und die Heranziehung von Arbeitern als Hilfskräfte für die Inspektion, ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung, befürwortete. Abg. Bismarck (Ztr.) nahm die Berichte der Gewerbeinspektoren zum Anlaß, um lebhaft und scharf zu werden über das Interieurministerium und die lässige Sozialpolitik der Regierung vorzubringen, worauf die Weiterberatung vertagt wurde.

Am 28. v. wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Innern vortgesetzt beim Titel: „Staatssekretär“.

Abg. Pauli (konf.) verlangt Einstellung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die deutsche Industrie ist schon jetzt soviel belastet, daß sie die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland verliert. Redner erhebt dann eine Reihe von Forderungen zur Erhaltung des Mittelstandes und vor allem des Handwerks: Einschränkung oder Verbot der Fabrikarbeit, Einführung des Befähigungsnachweises, zunächst für die Handwerker, Zuteilung der leistungsfähigen Betriebe an die Handwerkerkammern für die die geprüften Meister.

Abg. Eichhoff (fr. P.) befragte eine mit Abgeordneten verschiedener Parteien gemeinsam eingebrachte Resolution, die Prüfungsordnung für Ärzte dahin abzuändern, daß auch die Abiturienten der deutschen Oberrealschulen zu den ärztlichen Prüfungen zugelassen werden.

Abg. Wärsinkel (nat.-lib.) spricht sich gegen die Unterdrückung des Hausierhandels aus. Eine Statistik, wie das Zentrum will, ist schwer aufzustellen, dagegen kann man gegen die vielen gefüllten Wandergewerkschneide scharf eintreten.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky legt dar, daß die Berechnung der Ergebnisse eines Zählerebetriebes vom Mathematiker des Reichsamtes auf Grund des Zahlenmaterials dieses Betriebes erfolgt, also unanfechtbar sei. Die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk ist sehr schwer; ich habe mit dem vork. Handelsminister schon einen Überblick veranlaßt, der zu einer Änderung der Gewerbeordnung führen wird, denn auf dem Verwaltungsweg lassen sich die Wünsche nicht durchführen. Aber die Stellung, die der Bundesrat zu den Konsumvereinen einnimmt, besteht eine Veranordnung vom Jahre 1896. Der grundlegende Gehalts ist unbedingte Neutralität. Jede amtliche Untersuchung ist ausgeschlossen, mit Ausnahme der Konsumanstalten, die in direktem Zusammenhang mit den Reichsanstalten stehen. Die Beteiligung der Reichsbeamten wird durch das Beamtengehalt geregelt. Eine Beteiligung der Beamten an der Beschaffung und Verkauf ist untersagt, nicht aber die Beteiligung der Überwachung im Vorhand und Aufsichtsrat. Maßregeln gegen die Bestechungsgefahr sind vom Bundesrat und soweit ich weiß, auch von den Einzelstaaten in der letzten Zeit nicht erlassen worden. Die Unzufriedenheit in den landwirtschaftlichen Betrieben soll energig gefördert werden. Es werden neue scharfe Vorschriften erlassen werden. Meine Äußerung über die Affoziation des Kapitals ist vielfach mißverstanden worden. Ich habe nur gesagt, wenn man diese Affoziation nicht will, werden viele große Aufgaben

ungefäßt bleiben. Wenn man die Affoziation des Kapitals absolut bekämpft, dann gibt es für die Lösung dieser Aufgaben nur zwei Wege: Entweder die großen Aufgaben müssen unterbleiben, oder aber es müßte eine Lösung dieser Aufgaben durch die Staatsgewalt erfolgen, und wenn man das tut, dann nähert man sich mehr oder weniger dem Kollektivismus, der von der äußersten Linken dieses Hauses vertreten wird. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Strömung auf die Verstaatlichung des Bergbaus hinzielt. Es ist ferner in einer Versammlung gesagt worden, die Einführung des Schlepplomonopols auf den Kanälen genüge nicht, der gesamte Schiffsbetrieb müßte verstaatlicht sein. Man hat die Warenhäuser, Konsumvereine, Bäckerei usw. als Kreisgebiete für das Handwerk hingewiesen und schließlich sogar behauptet, auch die Aktiengesellschaften gehörten zu diesen. Wir würden also schließlich so weit kommen, auch gegen die Aktiengesellschaften vorzugehen. Eine solche weitgehende Verstaatlichung wünschen wir natürlich nicht. Ich habe zwar erklärt, daß gewisse große Aufgaben sich nur durch die Affoziation des Kapitals lösen lassen; ich gebe aber zu, daß mit dieser Affoziation unter Umständen große Gefahren verbunden sind. Sollte es soweit kommen, daß die durch die Kräfte in Amerika, eine gefährdende Macht im Staate entsteht, so würde dann allerdings das Eingreifen der Staatsgewalt erforderlich sein. Von den Mittelstandesfragen sind heute vor allen Dingen zwei, die der Sicherung der Kaufverordnungen und die Regelung des Befähigungsnachweises, angeregt worden. Aber die Sicherung der Kaufverordnungen liegt dem preussischen Staatsministerium bereits ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vor, über den das preussische Staatsministerium noch heute befinden wird. In der Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises steht die Mehrheit der Handwerker auf einem ablehnenden Standpunkt. Die veränderten Regelungen sind ausnahmslos der Ansicht, daß von einer Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises keine Rede sein kann; und da der Bundesrat dieselben gesetzlichen Rechte hat wie dieses große Haus, so ist eine Einigung über diese Frage vollständig ausgeschlossen. Anders ist es mit der Frage des Befähigungsnachweises im Dampferbau. Die dort zutage tretenden sehr bedenklichen Mängel sollen durch eine Novelle zur Gewerbeordnung beseitigt werden. In welcher Form das geschehen wird, darüber kann ich Ihnen heute noch keine nähere Auskunft geben. — Es ist eine Bundesratsverordnung, die den Automobilverkehr in Deutschland einheitlich regelt, in Aussicht genommen. Etwas anders ist die Frage der Haftpflicht, die Frage liegt auf privatem Gebiet, und auch sie ist Gegenstand eingehender Erwägungen innerhalb der Reichsregierung. Es fragt sich, soll man die Haftpflicht des einzelnen Automobilbesitzers konstatieren oder soll man eine Zwangsversicherung einführen, der jeder Automobilbesitzer angehören muß? Diese Frage ist noch nicht entschieden, aber sie wird in nächster Zeit erörtert werden.

Abg. Raab (Antif.) befragt eingehend die Lage der Handelskassenstellen und die Zustände im Schiffergewerbe.

Abg. Baquitz (fr. P.) legt die Stellung seiner Partei zu den einzelnen Resolutionen dar.

Abg. Bruhn (Antif.) greift die Warenhäuser als Spekulation auf die Dummheit und Bequemlichkeit des Publikums an.

Darauf verlegt sich das Haus.

Von Nah und fern.

Die Gräfin Montignoso. Das sächsische Gesamtministerium beschloß, daß vonseiten der sächsischen Regierung in der Montignoso-Affäre nichts mehr geschieht. Die Angelegenheit soll als Privatfache betrachtet und ihre Verfolgung einem Florentiner Rechtsanwalt übertragen werden.

Der Räuber in Uniform. Der die Fahrkartenverkäuferin Hedwig Offenberg auf Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin zu berauben versuchte, ist in dem früheren Schaffner Karl Schönborn ermittelt worden, der auf dem Bahnhof Potsdamer Platz bis zum 1. Februar angefaßt war.

Frecher Raubfall. Inmitten Berlins an der Hedwigskirche wurde am Montag mittag einem Raffendoten, der über eine Million Wertpapiere bei sich trug, von einem ihm entgegenkommenden Kradler, der ihm Schmutzwasser in die Augen warf, eine Geldtasche mit 20 000 M. Bargeld entrisen. Der Räuber kam damit nicht weit, er wurde ergriffen und als ein Dampfernehmer aus Fachsenwalde festgestellt. Er scheint nicht voll zurechnungsfähig zu sein.

Unter der Maske.

24) Roman von Lady Georgina Robertson.

„Und du hast ihm nie gezeigt, wie du über ihn denkst? Oder glaubst du, daß er sich für eine andre interessiert?“

„Ich fürchte es fast, Mama,“ entgegnete Monika traurig. „Er spricht so oft von einer Cousine seiner Frau, ich bilde mir ein, daß er sie liebt. Dora nennt sie Lante Thilla, und seine Stimme klingt ganz anders, wenn er sie erwähnt.“

„Ach, du meinst Mathilde Burton?“ versetzte Lady Forbes. „Die brauchst du nicht zu fürchten.“

„Woher weißt du das?“ fragte Monika, indem ein glühendes Röthen über ihr Gesicht lag.

„Weil Lord Brendon sich um sie bewirbt.“

„Aber sie liebt ihn vielleicht nicht, die eine Lausache schließt ja die andre nicht ein. Du kannst dich darauf verlassen, wenn ich eine Nebenbuhlerin habe, so ist sie es. Sein Herz hängt mehr an Mathilde Burton, als an seiner verstorbenen Frau. Zuweilen trappiert es mich, und dann habe ich doch wieder das Gefühl, als habe er diese auch sehr geliebt.“

„Natürlich hat er das,“ bemerkte die ältere Dame. „Neulich kam ich in das Wohnzimmer; er stand so in Gedanken versunken vor ihrem Bilde, daß er mich zuerst gar nicht sah. Ich trat heran und legte die Hand auf seinen Arm.“

„Lady Forbes,“ sagte er, „ist das ein Ausbruch von Glück, der auf diesem Antlitz liegt?“

„Gewiß,“ entgegnete ich, „ich sah nie jemand

so sorglos und heiter aus.“ Er schien sich zu freuen; ich glaube, er denkt viel an die Verstorbenen.“

Sie hatte kaum ihren Satz beendet, als Lord Chesleigh eintrat. Er erkundigte sich, ob die Damen Lust hätten, eine Spaziersahrt zu machen.

Lady Forbes lächelte. „Mir ist es rechtlich warm heute,“ sagte sie. „Aber die Jugend empfindet das nicht so, Monika wird es gewiß Freude machen.“

„Wie denken Sie darüber, Miß Forbes?“ wandte er sich an diese.

„Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen, Lord Chesleigh,“ erwiderte Monika. „Ich fahre bei diesem schönen Wetter sehr gern aus, besonders aber unter zwei Bedingungen.“

„Erstens möchte ich mit Dora in dem Ponywagen fahren und zweitens möchten Sie selbst den Kutscher machen. Die Verantwortung für Ihren Satz wäre mir zu groß, wenn Sie nicht dabei sind.“

Wie flug das Mädchen ist, dachte Lady Forbes.

Lord Chesleigh war um eine Antwort verlegen. Er wußte zu gut, zu welchen Vermutungen er Anlaß geben würde, wenn er Miß Forbes und die Kleine anfuhr. Andererseits war es eine Freundschaft gegen sein Kind, die er nicht gut ablehnen konnte.

„Ich will Sie gerne fahren,“ sagte er, „und für Dora wird es eine besondere Freude sein. Aber wir könnten den großen Wagen nehmen, vielleicht entschließt Lady Forbes sich doch noch, uns zu begleiten, wenn wir warten, bis es etwas kühler geworden ist.“

Aber davon wollte die Dame nichts hören; eine so gute Gelegenheit für ihre Tochter durfte sie unter keinen Umständen sähen.

„Ich werde mich zurecht machen,“ bemerkte Monika; „in einer halben Stunde komme ich mit der Kleinen herunter.“

Sie hoffte, daß Lord Chesleigh bei ihrer Mutter bleiben würde und wußte, daß diese ihn dann wegen Mathilde Burton anspornen würde.

Ihre Vermutung erfüllte sich. Ein einfacher, aufrichtiger Mann ist immer in die Hand einer jungen Frau gegeben. Und Lady Forbes hatte eine so feilschmende, wohlwollende Art, zu reden, daß niemand Hintergedanken bei ihr suchte. Sie fing an, von der kleinen Dora zu sprechen, sagte ein paar Worte über die verstorbene Lady Chesleigh und fragte dann beiläufig nach ihrer Verwandten, der schönen Miß Burton, für die Lord Brendon sich so sehr interessierte.

Ihren schänten Blick entging es nicht, daß über Lord Chesleighs Antlitz ein Zug des Unmuts lag.

„Wer sagte Ihnen, daß Lord Brendon sich um Miß Burton bewirbt?“ fragte er schnell.

„Das weiß jeder, der Lord Brendon kennt,“ war die Antwort. „Ich hörte einmal, wie er von ihr sprach, er sagte ja nicht viel, man merkte ihm an, wie er sie liebte.“

„Das ist Unfug — Verzeihung, ein Mißverständnis,“ warf Lord Chesleigh ein. „Lord Brendon hat gar keine Aussichten bei Miß Burton. Sie sind seit langem befreundet, weiter nichts.“

Lady Forbes sah ein, daß ihre Tochter

recht hatte und Mathilde ihm nicht gleichgültig war. Immerhin war sie nicht anwesend, dadurch hatte Monika eine große Chance mehr und sie mußte sehen, wie sie dieselbe ausnützte.

Lady Forbes hatte von der Wirtschaftlerin gehört, daß sie eine Näherin im Hause hatte und da sie gerne hier und da spazieren, nahm sie sich vor, sich einiges nebenbei mitarbeiten zu lassen.

Wenn sie etwas erreichen wollte, war sie außerordentlich liebenswürdig. Miß Burton kannte sie und durchschaute, warum sie Gien sehen und sprechen wollte.

Diese sah eifrig bei der Arbeit, als die Tür sich öffnete und eine elegante, stattliche Dame eintrat.

„Es ist Lady Forbes,“ dachte sie und wunderte sich, was sie wohl hier wollte. Mit der Zeit hatte sie ihre Verlegenheit über die Verkleidung etwas verloren, wenn sie mit Menschen verkehrte, welche unter ihr standen. Ihrer Standesgenossin gegenüber trat sie doppelt hervor. Sie wurde rot, sah so verschämter aus, daß Lady Forbes noch lebenswürdiger wurde. Sie brachte ihre Bitte vor und war überrascht, wie bereitwillig dieselbe gewährt wurde.

Welch ein angenehmes Organ die Person hat,“ dachte Lady Forbes, „und welche gute Manieren.“ Laut sagte sie: „Ich werde Ihnen die Sachen, die geändert werden müssen, herüber schicken, meine Tochter und ich haben zusammen nur eine Jungfer und die hat genug